

MINSK FORUM VII

„Deutschland-Polen-Belarus: Neue Nachbarschaft nach der Erweiterung der Europäischen Union“

Das „Minsk Forum VII“ am 25. bis 27. März 2004 war unter dem Titel „Deutschland-Polen-Belarus: Neue Nachbarschaft nach der Erweiterung der Europäischen Union“ den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen des gesamteuropäischen Integrationsprozesses für die Europäische Union und Belarus gewidmet. Die Deutsch-Belarussische Gesellschaft, die Deutsche und die Polnische Botschaft führten diese Veranstaltung in Kooperation mit zahlreichen deutschen und polnischen Partnerinstitutionen durch.¹

Erstmals haben Deutsche, Polen und Belarussen gemeinsam über ihre Zukunft in Europa gesprochen. Die Beziehungen zwischen der EU und Belarus sind angespannt und sie bleiben es, weswegen die EU im Mai 2004 festgelegt hat, vorläufig keine weiterführenden Schritte im Rahmen der „Neuen Nachbarschaft“ zu unternehmen. Treffen wie das Minsk Forum gewinnen dadurch eine zusätzliche Funktion: Strategiegelgespräche zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen können im größeren Kreis vorläufig am besten auf Tagungen von Nichtregierungsorganisationen ausgetragen werden.

Das Minsk Forum war in diesem Jahr ein zeitgerechtes Gesprächsangebot von deutschen und polnischen Experten, Politikern, Unternehmern und Repräsentanten von öffentlichen Organisationen, Verbänden und Stiftungen. Die guten bilateralen Erfahrungen in den deutsch-polnischen Beziehungen in den zurückliegenden Jahren seit 1989 können für die Perspektiven der neuen Nachbarschaft zu den Staaten jenseits der Erweiterungsgrenze der Europäischen Union genutzt werden; diese Perspektiven beinhalten: grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Formen wirtschaftlicher Kooperation, die Entfaltungsmöglichkeiten ziviler Ordnung, die

¹ Die Liste der Institutionen, Organisationen, staatlichen Einrichtungen, Stiftungen, Unternehmen und Personen, die das Minsk Forum unterstützt haben, entnehmen Sie bitte den Hinweisen auf der Homepage. Die Organisatoren danken allen Beteiligten und Förderern sowie den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern bei der Veranstaltung.

gemeinsame Nutzung kultureller Ressourcen und Traditionen sowie die gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte.

Das Minsk Forum hat auch im siebten Jahr seiner Existenz das Ziel eines offenen Dialoges verfolgt und sich als Format erweitert. 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich für das Minsk Forum VII interessiert; es war damit die bislang größte Veranstaltung der Konferenzreihe und die größte deutsch-polnisch-belarussische Veranstaltung überhaupt. Der Vorsitzende der Deutsch-Belarussischen Gesellschaft, **Dr. Rainer Lindner**, der deutsche Botschafter in Minsk, **Dr. Helmut Frick**, eröffneten als Organisatoren und Veranstalter gemeinsam mit dem Botschafter Polens, **Tadeusz Pawlak** und dem französischen Botschafter als lokale EU-Ratspräsidentschaft in Belarus, **Stefan Chmielewsky**, die Tagung. An der Eröffnung nahm von belarussischer Seite der stv. Außenminister, **Alexander Michnjewitsch** teil, der sich in einem Grußwort an die Konferenz wandte. Die guten Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre in den deutsch-polnischen Beziehungen gelte es zu nutzen, um die Beziehungen auch zum östlichen Nachbarn hin zu entwickeln, wenn dieser daran interessiert sei. Diesem Grundton, fühlten sich alle Begrüßungsredner verbunden. Auch der Leiter des OSZE-Büros in Belarus, Botschafter **Dr. Eberhardt Heyken**, der in seinem Grußwort die „überwölbende Idee der OSZE“ betonte, gehörte zu den Mitveranstaltern und war Gastgeber des Empfangs am Eröffnungsabends. Neben der Arbeit im Plenum und in den Arbeitsgruppen, erwies sich das informelle Gespräch am Rande der Konferenz die wichtigste Kommunikationsform des Minsk Forums.

Anlässlich eines festlichen Abendessens, zu dem die Botschafter Deutschlands und Polens am 26. März in die IBB Minsk einluden, sprachen **Dr. Janusz Onyszkiewicz**, Verteidigungsminister a.D. aus Warschau und der Bundestagsabgeordnete **Manfred Grund**, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, über sehr persönliche Erfahrungen in und mit Belarus. Beide Redner betonten, dass die Erweiterung der EU Belarus nicht von den gesamteuropäischen Integrationsprozessen abtrennen dürfe. Allerdings waren sich auch beide Redner darin einig, dass Belarus eigene Anstrengungen unternehmen muss, um Tendenzen der Selbstisolierung zu durchbrechen und die politischen Standards der OSZE und des Europarats zu respektieren.

Das Minsk Forum VII erweise sich für Deutschland und Polen als gute Möglichkeit, sich über die inneren Verhältnisse in Belarus zu informieren und Schlussfolgerungen für die Beziehungen im Rahmen der neuen Nachbarschaft der EU, aber auch im bilateralen Verhältnis zu ziehen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen seien eine Erfolgsgeschichte gewesen, die auch Belastungen in Phasen des politischen Dissens und der Diskussion – wie etwa über das Europäische Zentrum

gegen Vertreibung oder im Kontext der europäischen Verfassungsdiskussion – auszuhalten imstande sei.

Bei dem Abendessen waren Vertreter der belarussischen Regierung, die Repräsentanten beider großer Kirchen in Belarus, Abgeordnete beider Kammern des Parlaments und Repräsentanten der außerparlamentarischen Opposition anwesend. Gespräche und Diskussionen am Rande der Konferenz, politische Begegnungen von Teilnehmer des Forums aus Deutschland und Polen mit Persönlichkeiten des offiziellen Belarus wie auch mit der Opposition sowie trilaterale Kontakte haben Projektideen geboren, die in der Folge vertieft werden können. Menschen aus den drei Ländern sind sich begegnet und haben aktuelle und strategische Fragen diskutiert. Das macht das Wesen des Minsk Forums aus. Wer sich einem solchen Gespräch verweigert, kann an einer gemeinsamen Zukunft in einem Europa der Integration und Kooperation nicht teilhaben. Deutschland, Polen und auch Belarus werden diese Zukunft als Nachbarn nur gemeinsam gestalten können.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe I

„Neue Nachbarschaft und Formen der grenzüberschreitenden Kooperation“

Angesichts der EU-Osterweiterung, in deren Folge am 1. Mai 2004 mit Polen, Litauen und Lettland auch drei Nachbarstaaten von Belarus zu EU-Mitgliedern geworden sind, stand die Frage der zukünftigen Bedeutung der neuen EU-Grenze für Belarus im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen in der Arbeitsgruppe Politik.

EU-Erweiterung als Chance

Zunächst wurden aus Sicht der EU sowie der alten und neuen Mitgliedsstaaten Deutschland und Polen die Nachbarschaftsstrategien der erweiterten europäischen Union sowie die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für den neuen EU-Nachbarn Belarus vorgestellt. Botschafter **Norbert Jousten**, der Leiter der in Kiew ansässigen Delegation der EU-Kommission für Belarus, Moldowa und Ukraine, betonte, dass die anstehende EU-Erweiterung als große Leistung zu bewerten sei, die zu einer Ausdehnung der Zone des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands führe. Gleichzeitig würden die neuen EU-Grenzen keine Barrieren darstellen, die EU sei vielmehr selber sehr an einer grenzüberschreitenden Kooperation interessiert, um

- gemeinsame Bedrohungen zu bekämpfen,
- die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und
- Kontakte auf zwischenmenschlicher Ebene zu ermöglichen.

Bereits jetzt stelle die EU hierfür Mittel im Rahmen des TACIS-Programms „Cross-Border-Cooperation“ (CBC) zur Verfügung. Allerdings wurden bisher nur wenige Projektanträge aus Belarus genehmigt, was vor allem an der geringen Anzahl und der unzureichenden Qualität der Anträge liege. Für die Jahre 2004-2006 werde die EU mehrere Nachbarschaftsprogramme für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern. Belarus sei in drei Programme integriert:

- das Nachbarschaftsprogramm Polen – Ukraine – Belarus mit insgesamt 8 Mio. € Fördermittel,
- das Nachbarschaftsprogramm Lettland – Litauen – Belarus mit insgesamt 7,5 Mio. € Fördermittel und
- das Ostseeregionalprogramm mit insgesamt 7,5 Mio. € Fördermittel.

Für jedes Programm werde ein Büro in einem der neuen EU-Mitglieder eingerichtet, in dem auch Mitarbeiter aus den jeweiligen Nachbarstaaten tätig sein sollen, um bedarfsgerechte Projekte zu fördern. Ab 2007 stünde dann ein neues Förderinstrument durch die Zusammenlegung der Programme PHARE und TACIS zur Verfügung.

Während Norbert Josten somit vor allem die prinzipiellen Möglichkeiten der EU-Nachbarschaftspolitik für Belarus aufzeigte, ging **Rolf Schütte**, Leiter des Referats Russland, Ukraine, Belarus und Moldowa im Auswärtigen Amt, ausführlicher auf die innenpolitischen Probleme von Belarus ein, welche bisher eine engere Kooperation mit der EU verhindert habe. Auf Grund der Selbstisolation der belarussischen Führung sei heute kein europäischer Staat weiter von einer EU-Beitrittsperspektive entfernt als Belarus. Die Chance der EU-Osterweiterung und insbesondere die Option eines EU-Aktionsplans für Belarus könne das Land nur nutzen, wenn die belarussische Führung endlich zu einer sich den europäischen Standards annähernden Kooperation bereit sei. Zahlreiche innenpolitische Vorfälle verwiesen jedoch leider in eine andere Richtung, auch wenn das Verständnis für die europäischen Integrationsprozesse in jüngster Zeit bei den politisch Verantwortlichen zuzunehmen scheine. Aus diesen Gründen verfolge die EU eine doppelgleisige Politik des konstruktiven Dialogangebots an die Regierung und der Unterstützung für die Zivilgesellschaft. Belarus, so Schütte, komme in jedem Falle ein Platz unter den europäischen Staaten zu.

Angst vor Marginalisierung

Obwohl **Dr. Slawomir Debski** vom Polnischen Institut für Internationale Beziehungen die EU-Osterweiterung in Übereinstimmung mit seinen Vorrednern vorrangig als eine Chance für Belarus begriff, äußerte er sich gleichzeitig kritisch über einzelne Aspekte der EU-Nachbarschaftsstrategie. So sei es nach außen nur schwer zu vermitteln, warum sich Belarus im Rahmen des Nachbarschaftskonzepts

in einer Gruppe mit beispielsweise Syrien oder Libyen befinde. Zudem sei es für die anderen Nachbarschaftsstaaten problematisch, dass die EU Russland einen privilegierten Status zubillige und damit eine Politik der doppelten Standards gegenüber den östlichen Nachbarstaaten betreibe. Schließlich hielt Debski es für wichtig, dass die EU eine weitere Erweiterungsrunde, an der auch Belarus teilnehmen könnte, zum jetzigen Zeitpunkt explizit nicht prinzipiell ausschließe – selbst wenn sie erst in 20 Jahren durchführbar sein sollte. Insgesamt sah Debski somit die Gefahr, dass die Nachbarstaaten von der EU in nächster Zeit vernachlässigt werden könnten, da Brüssel zu sehr mit der eigenen Vertiefung beschäftigt sein werde.

Auch **Dr. Wladimir Ulachowitsch**, Direktor des Zentrums für internationale Studien an der Belarussischen Staatsuniversität, stellte vor allem kritische Fragen an die EU. Die EU müsse sich entscheiden, welche Rolle sie den Nachbarstaaten zugedenken wolle, d.h. ob diese in die Strategieentwicklung aktiv einbezogen werden solle oder Brüssel die diesbezüglichen Entscheidungen alleine treffen wolle. Er unterstellte dem Konzept „Wider Europe“ doppelte Standards, weil es keine östliche Dimension enthalte, während für andere Regionen mit der Nördlichen Dimension und dem Bologna-Prozess im Bildungsbereich entsprechende Ansätze bereits existierten. Auch sonst gebe es zahlreiche ungeklärte Fragen: Was passiere mit den Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und anderen mit den westlichen GUS-Staaten unterzeichneten Abkommen? Für welchen Zeitrahmen sei das Konzept gedacht? Insgesamt ging Ulachowitsch daher davon aus, dass die Nachbarschaftspolitik in den nächsten Jahren für die EU keine Priorität darstelle. Gleichwohl hielt er die Nutzung des vorhandenen Kooperationspotentials für wichtig. Die Erarbeitung eines EU-Aktionsplans für Belarus könne in mehreren Bereichen die Möglichkeit zur pragmatischen Zusammenarbeit eröffnen, die auch ungeachtet der existierenden politischen Barrieren realisierbar sei.

Der stellvertretende belarussische Außenminister **Alexander Michnewitsch** brachte in seinem Beitrag sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass die EU angesichts der gemeinsam zu bekämpfenden Probleme, wie illegale Migration, Waffen-, Drogen- und Menschenhandel, organisierte Kriminalität und terroristische Bedrohungen, die Kooperation überhaupt an die Erfüllung politischer Bedingungen knüpfe. Auch an die Opposition gerichtet, äußerte Michnewitsch seine Überzeugung, dass eine Annäherung nur möglich sei, wenn man bei den vorhandenen Gemeinsamkeiten ansetze und nicht fortlaufend auf den existierenden Differenzen beharre. Für Belarus sei die gute Regelung des kleinen Grenzverkehrs eine wichtige Angelegenheit, und das Land sei um die Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur etc. bemüht. Allerdings sollten Grenzfragen nicht die einzige Priorität in der Kooperation darstellen. Michnewitsch dankte ausdrücklich den Nachbarstaaten, dass sie Belarus im Vorfeld der EU-Osterweiterung darin unterstützt hätten, in

einigen sensiblen Bereichen befriedigende Regelungen mit der EU zu erreichen (Anti-Dumping-Maßnahmen, Textilhandel). Gleichzeitig äußerte er sich zurückhaltend bis skeptisch über die Entwicklungsperspektiven der Nachbarstaaten nach erfolgtem EU-Beitritt. Mit dieser Einschätzung unterschied er sich deutlich von der Mehrheit der Bevölkerung, die laut Umfragen der Meinungsforschungsinstitute NISEPI und NOWAK mehrheitlich überzeugt ist, dass die Nachbarstaaten mit dem EU-Beitritt die richtige Wahl getroffen haben und in ihrer Entwicklung von der Mitgliedschaft profitieren werden.

Auch in der Diskussion, bei der sich vor allem Vertreter der außer- und innerparlamentarischen Opposition zu Wort meldeten, zeigte sich aus anderer Perspektive deutlich die Furcht vor einer Marginalisierung durch die EU. So sei die Unterstützung, welche die EU der Zivilgesellschaft erweise, bei weitem nicht ausreichend, um eine Demokratisierung im Lande nachhaltig zu unterstützen.

Falsche Alternativen

Alexander Rahr von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik ordnete die Frage der Nachbarschaftspolitik in den breiteren Kontext der internationalen Situation von Belarus ein. Aus seiner Sicht stellt die EU-Osterweiterung für Belarus eine weitaus größere Herausforderung dar als die zeitnah erfolgende NATO-Osterweiterung. Die EU sei auf dem Weg, eine europäische Großmacht zu werden, Russland fühle sich mächtig genug, um eine Art Ost-EU in der GUS aufzubauen. Das Lavieren zwischen der EU und Russland werde daher für Belarus immer schwieriger. Gefragt sei daher eine eindeutige Positionsbestimmung des Landes. Während Russland und die Ukraine die Wertedebatte mit dem Westen aufgrund der Anti-Terrorcoalition umgehen konnte, drohe Belarus jedoch weiter isoliert zu werden und damit in einen immer größeren Modernisierungsrückstand zu geraten.

Die belarussischen Umfragen verweisen jedoch auf einen eindeutigen Split in der öffentlichen Meinung, wie **Prof. Oleg Manaev** (NISPEI, Minsk) und **Dr. Andrej Wardomazkij** (NOWAK, Minsk) ausführten: Viele Menschen sprechen sich gleichzeitig für die Vereinigung mit Russland und den Beitritt zur EU aus. Die Frage nach Brüssel oder Moskau wirft aus der Sicht von **Rolf Schütte** (Auswärtiges Amt) denn auch eine falsche Alternative auf. Beide Orientierungen seien vielmehr für Belarus im Rahmen einer konsequenten Reformpolitik und der gegebenen internationalen Konstellation gut miteinander zu vereinbaren.

Konkrete Projekterfahrungen

Der Gesamteinschätzung der EU-Nachbarschaftsstrategie in ihrer Bedeutung für Belarus folgte die Vorstellung konkreter Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die das Potential der bisher existierenden EU-Programme in der

Praxis testen. **Patrizia Ruppert** vom Deutsch-Weißrussischen Haus in Karlsruhe stellte gemeinsam mit ihren Partnern **Natalja Gourda** aus Brest und Landrat **Tadeusz Łazowski** aus dem polnischen Biała Bodlaska die TRIC-Plattform vor. Diese wurde im Rahmen eines TACIS-Projekt errichtet und bietet den Bürgern auf beiden Seiten ein breitgespanntes Netzwerk von gemeinsamen Projekten zur Entwicklung der Grenzregion an. Als Vorbild diente dabei die deutsch-französische Grenzregion PAMINA im Großraum Straßburg. Das in 2002 abgeschlossene TRIC-Projekt kann nicht zuletzt deshalb als erfolgreiches Projekt gelten, weil die mit Projektmitteln begonnenen Aktivitäten auch nach Beendigung der EU-Förderung weitergeführt und sogar ausgebaut werden. Die Projektpartner suchen dabei nach Wegen zu einer grenzüberschreitenden regionalen Raumplanung. Zwei neue TACIS-Projektanträge, die Schritte in diese Richtung darstellen, wurden bereits genehmigt. Ihr Start scheitert jedoch derzeit an der Frage der Steuerbefreiung von TACIS-Mitteln, die die belarussische Regierung und die EU bisher nicht endgültig lösen konnten. Die großen Möglichkeiten, aber auch die erheblichen Umsetzungsprobleme des gesamten TACIS-Programms in Belarus wurden anschließend auch von **Dr. Joachim Lehmann**, dem Leiter des TACIS-Büros in Minsk, thematisiert. Die Wichtigkeit grenzüberschreitender Mikroprojekte, nicht zuletzt im zivilgesellschaftlichen Bereich, wurde abschließend auch aus polnischer und ukrainischer Sicht bestätigt. **Anton Borkowski** aus Lemberg beklagte dabei allerdings, dass die bisherigen EU-Länder in der Regel nur über wenig objektive Informationen über die Grenzregionen verfüge. Das Informationsdefizit ist jedoch beileibe kein einseitiges Problem. Vielmehr stellt das unzureichende Wissen über die EU gerade auch auf belarussischer Seite eine der zentralen Barrieren dar, an denen eine intensivere Zusammenarbeit bisher scheitert.

Die EU-Osterweiterung wurde in der Arbeitsgruppe insgesamt als Chance für Belarus zu sehen, da sie für das Land neue Kooperationsperspektiven mit der EU eröffnet, die es erlauben, einen Ausweg aus der bestehenden, politisch bedingten Sackgasse zu finden. Allerdings bleiben die zentralen Kooperationshindernisse weiterhin bestehen, da die EU nicht auf eine Annäherung von Belarus an die seit Jahren formulierten Standards verzichten wird. Belarus kann daher nicht davon ausgehen, dass die EU aufgrund der überwölbenden grenzüberschreitenden Sicherheitsfragen alle Kooperationstüren öffnen wird, ohne dass es zu einem schrittweisen substanziellen Wandel im Land kommt. Zudem stellt eine einseitige Orientierung an Russland für Belarus heute keine gangbare Alternative mehr dar.

Freilich könnte die EU auch unter den jetzigen Bedingungen ihre Kooperationsanstrengungen verstärken, indem sie

- ihre Präsenz in den und ihre Informationspolitik für die Nachbarländer verbessert (z.B. die Eröffnung einer Vertretung in Minsk, die Übersetzung von relevanten Dokumenten ins Russische),

- die Nachbarschaftsstrategie „Wider Europe“ um ein Regionalkonzept „Östliche Dimension“ ergänzt.

Ungeachtet der Tatsache, dass die EU in den nächsten Jahre zwangsläufig stark durch die sich aus der Osterweiterung ergebenden Reorganisationsanforderungen in Anspruch genommen ist, wird die Aufnahme von drei Nachbarstaaten der Republik Belarus zweifelsohne dazu führen, dass die Position zugunsten einer aktiven Ostpolitik innerhalb der EU gestärkt wird. Deutschland und Polen kommt in diesem Bereich in jedem Falle eine besondere gemeinsame Verantwortung zu.

Arbeitsgruppe II «EU-Erweiterung und Wirtschaftskooperation»

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe „EU-Erweiterung und Wirtschaftskooperation“ haben hervorgehoben, dass das Minsker Forum VII. zu einem wichtigen Ereignis geworden ist, das eine Möglichkeit für einen partnerschaftlichen, unabhängigen Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu Fragen der Wirtschaftsentwicklung und der praktischen Zusammenarbeit geboten hat.

Deutschland und Polen sind die größten Außenhandelspartner von Belarus. 2003 überstieg der Warenumsatz mit diesen Ländern US\$ 2 Mrd. oder fast 10% im gesamten Außenhandelsumsatz von Belarus (ohne Dienstleistungen). Der Anteil der Länder der Europäischen Union, einschließlich ihrer neuen Mitglieder macht ca. 30% des Handelsumsatzes aus, darunter entfallen auf den Anteil der neuen Mitgliedsländer ca. 10%. Dies bestimmt die Aktualität des Minsker Forums an der Schwelle der EU-Osterweiterung.

Nach dem Eintritt Polens und anderer Mitglieder in die EU werden sich die Bedingungen des Warenzuflusses der EU-Länder auf den Markt der Republik Belarus im wesentlichen nicht ändern, wobei sich die Zugangsbedingungen belarussischer Waren zu diesen Märkten verbessern könnten. Das betrifft vor allem die Zollsätze. Belarus könnte ggf. im Rahmen des allgemeinen Systems von EU-Präferenzen zusätzliche Handelsvergünstigungen erwarten, denn zur Zeit werden ca. 80% der Warenpositionen in die EU-Länder zollfrei oder zu niedrigeren Zollsätzen eingeführt. Als positiver Faktor zur Aufstockung des belarussischen Exports wird der Anschluss der neuen Mitglieder an die Wirtschafts- und Währungsunion dienen, was die Kaufkraft dieser Staaten erhöhen wird.

Risiken der EU-Erweiterung für Belarus

Möglich ist aber auch ein negativer Einfluss der Erweiterung der EU auf die weitere Entwicklung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen von Belarus. Die Einführung von nichttarifären Regelungsmaßnahmen im Außenhandel, die denen in der EU geltenden ähnlich sind, kann zur Reduzierung der Lieferungen aus Belarus in die Märkte dieser Länder bei einigen Kategorien der Landwirtschafts-, Nahrungsmittel-, Textil- und chemischen Produktion führen, die zu den wichtigsten Positionen in der Struktur des belarussischen Exports zählen.

In dieser Hinsicht ist für Belarus der polnische Markt in Bezug auf Kalidünger wichtig. Jährlich liefert das staatliche Unternehmen "Produktionsverein "Belaruskali" durchschnittlich 450.000 bis 600.000 Tonnen Kali-Chlor nach Polen. Im Ergebnis des Eintritts Polens in die EU könnten nach Einschätzung von Experten die Verluste von Belarus auf dem europäischen Markt zusätzlich US\$ 30 bis 55 Mio. betragen. Die Aufhebung der Anti-Dumping-Maßnahmen in Bezug auf belarussisches Kali-Chlor den Interessen sowohl der belarussischen, als auch der polnischen Marktteilnehmer dienen.

Eventuelle negative Folgen sind auch mit der Kündigung bilateraler Verträge mit neuen EU-Ländern bezogen auf die Anerkennung von Testergebnissen, Zertifikaten und Übereinstimmungszeichen verbunden. Die Anwendung technischer EU-Standards und -Forderungen wird den Export der belarussischen Maschinen- und Gerätebauproduktion erschweren, die den in der EU angenommenen Parametern zur ökologischen Sicherheit, des Energieverbrauchs und der Sicherheit noch nicht entsprechen. Dies könne womöglich auch zum Rückgang der durch belarussische Spediteure erbrachten Transportleistungen führen.

Chancen der wirtschaftlichen Integration

Trotzdem schafft die bevorstehende EU-Erweiterung Voraussetzungen zu einer aktiveren Teilnahme von Belarus an Prozessen der europäischen Integration. Eine wichtige Bedeutung für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit kann auch die Realisierung des Konzepts der „Neuen Nachbarschaft“ haben, die eine Stärkung der ökonomischen Partnerschaft nach der Ausweitung des Handelsaustausches auf dem europäischen Kontinent bewirken kann. Ziel muss es sein, eine neue Abschottung zu vermeiden, Bedingungen für eine engere Zusammenarbeit der EU mit den neuen Nachbarn zu schaffen, ihnen den Zugang zum EU-Binnenmarkt zu erleichtern. Die Idee eines „Wider Europe“ besteht in der Schaffung eines „Gürtels befreundeter Staaten“ entlang der EU-Grenzen, einer Grenze, die nicht trennt, sondern vereint.

Investitionen in Belarus

Die Länder der Europäischen Union nehmen an der Investitionstätigkeit in Belarus aktiv teil. 2003 hat der Investitionsumfang aus diesen Ländern fast US\$ 450 Mio. ausgemacht, darunter aus den neuen EU-Ländern über US\$ 155 Mio. Der Anteil der EU (unter Berücksichtigung der neuen Länder) an ausländischen Investitionen in Belarus beträgt über 30 %. Insgesamt sind zum 1. Januar 2004 US\$ 644,5 Mio. aus den EU-Ländern in die Republik Belarus investiert worden, was einem Anteil von 44,5% vom Gesamtvolumen der Investitionen in Belarus ausmacht. Aus den neuen EU-Mitgliedsländern wird gegenwärtig im Umfang von US\$ 257,9 Mio. oder 17,8% des Gesamtvolumens in Belarus investiert.

Die Kooperationsmöglichkeiten im Investitionsbereich werden jedoch noch nicht umfassend genutzt. Belarus verfügt über eine Reihe von Standortvorteilen für ausländische Investitionen, dazu zählen:

- eine günstige geopolitische und geographisch-wirtschaftliche Lage zwischen Osteuropa und der EU;
- ein einheitlicher Zollraum mit Russland und anderen Staaten der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft;
- ein hohes wissenschaftlich-technisches Potential und das Vorhandensein qualifizierter Fachkräfte

Investitions- und Geschäftsklima verbessern

Daneben haben die Teilnehmer der Arbeitsgruppe unterstrichen, dass die Schaffung eines attraktiven Investitions- und Geschäftsklimas notwendiger sei als je zuvor. Als Hindernisse auf dem Weg zu ausländischen Direktinvestitionen gelten:

- eine übermäßige Interventionspolitik des Staates in die Wirtschaftstätigkeit, bürokratische Hürden, staatlicher Regulierungsanspruch im privatwirtschaftlichen Sektor und erweiterte Befugnisse von Kontrollorganen;
- die Instabilität und eine fehlende Abstimmung der Gesetzgebung; ein hohes Niveau von Steuer- und Zollsätzen sowie ein kompliziertes undurchsichtiges System der Besteuerung und der Zollregelung, Hinzu kommen fehlende Garantien des Eigentums- und Rechtsschutzes.
- Besorgnis erwecken auch die letzten Änderungen der Gesetzgebung bezüglich der Insolvenz und der Konkursklärung, des staatlichen Rechts auf „Goldene Aktie“ u.a.m.

Die Pläne der Regierung von Belarus sehen für das Jahr 2004 die Neuregelungen für die Wirtschaftstätigkeit des Ministerrates und der Nationalbank vor. Dies betrifft die allgemeine soziale und wirtschaftliche Entwicklung, das Budget, die Geld- und

Kreditpolitik sowie die Förderung des Unternehmertums. Inwieweit diese Maßnahmen tatsächlich das Investitions- und Geschäftsklima von Belarus positiv beeinflussen, bliebe nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer abzuwarten. Die Tätigkeit des Konsultativrates für ausländische Investitionen beim Ministerrat der Republik Belarus könne in jedem Fall zur Verbesserung der Investitionen u.a. aus Ländern der EU beitragen.

Erfahrungen mit Polen und grenzüberschreitende Kooperation

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe sahen in der EU einen der wichtigsten Wirtschaftspartner von Belarus und drückten ihr Interesse nicht nur an einer Bewahrung, sondern auch an der Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen aus. Die näher rückenden Grenzen dürften zu keiner Hürde, zu keinen neuen Trennlinien in Europa auf dem Wege der europäischen Integration werden, die zum Abbruch der aufgebauten Beziehungen führen würden. In diesem Zusammenhang wird für die Republik Belarus die Erfahrung der bereits über 10 Jahre lang an die EU angrenzenden Republik Polen zweifellos von Nutzen sein.

Die Erfahrung Polens zeige, dass die Programme der Anrainerkooperation durch bedeutende internationale Hilfsmittel gefördert werden können, deren Effizienz sich hoch erweist. Diese Programme spielen die Rolle eines Katalysators lokaler Aktivitäten und eines Impulses für weitere Investitionen. Mit der EU-Erweiterung ist auf belarussischer Seite die Hoffnung auf eine stärkere Einbeziehung von Belarus in die grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme verbunden. Die deutschen Gäste gaben zu bedenken, dass die bestehenden Programme auch nicht behindert werden dürften. Durch die Euro-Regionen „Neman“ und „Bug“ könne eine noch intensivere Entwicklung der Wirtschaftskooperation und des Anrainerhandels erreicht werden. Dazu seien jedoch ein vereinfachtes Zollabfertigungsprocedere und eine stärkere Unterstützung der konsularischen Dienste für die Akteure der Anrainerkooperation vonnöten.

Die praktischen Erfahrungen aus der Euro-Region „Neman“, die die Grenzgebiete Polens, Belarus, Litauens und des Gebiets Kaliningrad der RF umfasst, zeigten zugleich Probleme, die auf dem Minsk Forum VII offen benannt wurden.

- administrative Hürden an den Grenzen zwischen diesen Staaten;
- Inkompatibilität der Strukturen der administrativen Organe und der örtlichen Selbstverwaltung zwischen einzelnen Ländern, der Zuständigkeiten und der Finanzierungsweise der örtlichen Selbstverwaltung;
- ungenügende Koordinierung der Tätigkeit;
- ungleichmäßige Verteilung der internationalen Fördermittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Arbeitsgruppe III „Zivilgesellschaft im erweiterten Europa“

In drei Panels wurde das Thema der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft im erweiterten Europa“ bearbeitet:

Das Panel I stand unter der Fragestellung „Polnische Nichtregierungsorganisationen – Erfahrungen für Belarus?“. Dabei wurden drei Nichtregierungsorganisationen vorgestellt:

- die nationale und internationale Arbeit der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte in Warschau (**Tomasz Banka**), die eng mit der polnischen Robert-Schuman-Stiftung zusammenarbeitet;
- die regionale und lokal orientierte Arbeit der Assoziation der Gemeinden von Südwest-Masowien (**Grzegorz Świetlik**), die auch grenzüberschreitend in der belarussischen Region Wilejka tätig ist;
- die belarussische Assoziation der Sozialarbeiter in Minsk (Marina Naranowicz), die ein Büro für soziale Informationen betreibt und dabei Ideen aus Polen aufgenommen hat.

Aus belarussischer und deutscher Sicht kommentierten **Dr. Wiktor Balakirew** und **Fred Dorn**.

Im Panel II wurden belarussisch-deutsch-polnische Nichtregierungsorganisationen. „Ausgewählte Schwerpunkte“ vorgestellt:

- zwei Projekte mit Kindern und Jugendlichen, zum einen die SOS-Kinderdörfer in Belarus (**Wolfgang Kehl / Nikolaj Chrolowitsch**), zum andern das Kinderzentrum Nadeshda in der Nähe von Wilejka (**Igor Maslennikow**);
- drei Frauenprojekte – das Ost-West-Europäische Frauennetzwerk OWEN mit Sitz in Berlin (**Joanna Barelkowska**), die Karat Coalition aus Warschau (Kinga Lohmann) sowie die Beratungsstelle Malinowka der Stiftung „Den Kindern von Tschernbyl“ in Minsk (**Dr. Irina Gruschewaja**) –, die alle international vernetzt mit einem Schwerpunkt in Mittel- und Osteuropa arbeiten.
-
- Das Panel III „Belarus – Deutschland – Polen: Erwartungen von Jugendlichen an ihre eigene und an eine europäische Gesellschaft“ gab die sehr eindrückliche Gelegenheit, Jugendlichen aus Belarus, Deutschland und Polen zuhören zu können, die über sich selbst, ihre Erfahrungen mit und in anderen Ländern, ihre Hoffungen und Wünsche für eine zukünftige Gesellschaft sprachen. An diesem Gespräch waren beteiligt: **Dima Rabzewitsch** und **Alexandr Schurkjewitsch** aus Belarus, **Heiner Dörfler** und **Philipp Rumler** aus Deutschland, **Kinga Dąbrowaska** und **Wojciech Kazanecki** aus Polen sowie **Katja Maremjanowa**

als Vertreterin der Belarussischen Union der Kinder- und Jugendassoziationen RADA und **Thies Grote** als Vertreter des Deutschen Bundesjugendrings.

Vier Aspekte sind festzuhalten, die vor allem in den Diskussionen eine Rolle spielten.

1. Die zentrale Frage der Diskussion wurde zu Beginn an die Teilnehmer gerichtet: Mit welcher Vision wollen wir – als Engagierte in Nichtregierungsorganisationen – eigentlich weiterarbeiten, nachdem nun zunächst die Erweiterung der Europäischen Union gelungen ist? Was bedeutet diese Erweiterung, die auch geschieht, um Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit zu sichern, über die Europäische Union hinaus? Wie kommt unser Engagement in den Nichtregierungsorganisationen auf das Niveau dieser Werte?

2. Damit verbunden war eine Diskussion zu der Frage, die durchaus als impliziter „roter Faden“ des Forums bezeichnet werden kann: Was ist Politik? In welcher Weise bestimmen wir unser Engagement, sei es im sozialen oder kulturellen Bereich, sei es in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen oder in Frauenprojekten – wo und wie auch immer – in seinen politischen Implikationen und Wirkungen? Wenn es nicht um Parteipolitik gehen soll, was für die meisten Nichtregierungsorganisationen zentral ist, wie ist dann der politische Faktor im zivilgesellschaftlichen Bereich genauer zu fassen?

Als Beispiel für die Notwendigkeit, diese Fragen zu bedenken, kann die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gelten, denn in ihr werden – dies gilt für alle Projekte – zentrale Werte vermittelt wie Toleranz, gewaltfreie Konfliktbewältigung, eigenes Urteilsvermögen, Selbständigkeit, die Bereitschaft, für sich selbst und andere Verantwortung zu übernehmen, soziales und ökologisches Engagement zu beweisen. Diese Werte und Fähigkeiten braucht jede Gesellschaft, und sie haben unmittelbare Auswirkungen auf das politische Gemeinwesen.

3. Wie können die Unabhängigkeit der Nichtregierungsorganisationen und die Notwendigkeit zur Kooperation miteinander verbunden werden? Vor allem auf den lokalen und regionalen Ebenen ist es wichtig und sinnvoll, die Möglichkeiten beider Kooperationsweisen genau auszuloten. Hier ist in allen Ländern mehr denkbar und machbar, als gegenwärtig der Fall ist. Aber auch die internationale Vernetzung könnte besser sein. Unmittelbar einleuchtend ist diese Notwendigkeit zum Beispiel im Blick auf alle Projekte, die sich mit Frauenrechten befassen.

Kinga Lohmann von der *Karat Coalition* in Warschau brachte es auf den Punkt: Im eigenen Land, auf nationaler Ebene gelten Frauenorganisationen nichts oder wenig; ihr Einfluss ist gering. Aber international vernetzt können sie etwas bewirken, können sie die internationalen Standards, die es ja gibt, auch im eigenen Land zur Geltung bringen.

4. Wenn Jugendliche aus Belarus, Deutschland und Polen über sich selbst und von ihren Wünschen für die Zukunft erzählen, wird vor allem eines deutlich: ihre bewundernswerte Kraft und auch ein unglaublicher Mut, sich einzubringen, zu engagieren, mit anderen zusammen etwas zu tun. Was sie dafür brauchen und wollen, ist eine freie und offene Gesellschaft.

Diese Vision haben uns alle in ihrer je eigenen Weise und Persönlichkeit präsentiert. Die nationale Dimension trat hinter dieser Vision spürbar zurück; sie erwies sich eher als „Störfaktor“.

An dieser Freiheit und Offenheit allerdings mangelt es – nicht nur in Belarus, sondern zum Teil auch in den Staaten der Europäischen Union. Nur in dieser Runde mit den Jugendlichen wurden die Schikanen und teilweise entwürdigenden Prozeduren durch national oder international installierte Grenzregime und Ausländergesetzgebungen deutlich benannt. Für uns alle bleibt nur zu hoffen, dass sich diese Jugendlichen, die wir erlebt haben, mit ihrem Engagement und ihren Visionen nicht entmutigen lassen.

Arbeitsgruppe IV „Kultur, Geschichte und Bildung“

Auf Grund ihrer geografischen und politischen Lage sowie der gewachsenen kulturellen Beziehungen kommt Polen und Deutschland eine Schlüsselrolle in der Wahrnehmung und Förderung von Belarus als „neuen Nachbarn“ zu. In der Arbeitsgruppe „Kultur, Geschichte und Bildung“ wurde exemplarisch in einigen Bereichen über neue Entwicklungen der kulturellen Beziehungen dieser drei Länder reflektiert.

Musik und Theater

Stellvertretend für andere Felder der Kulturarbeit, wurden die Rolle des Theaters und der Musik beleuchtet. Während bei der klassischen Musik über die gemeinsame Sprache der Musik diskutiert wurde („ein F ist in allen Ländern ein F und e-Moll wird auch überall gleich gespielt“) und der fruchtbare sowie persönlich bereichernde Austausch hervorgehoben wurde, konnte man in der Szene der modernen Musik unterschiedliche kulturelle Gepflogenheiten feststellen, aber auch eine aktive, jedoch einbahnige Musikrezeption konstatieren.

Die Rolle des Goethe-Instituts als wichtigster deutscher Kulturmittler wurde im Theaterbereich hervorgehoben: szenische Lesungen werden veranstaltet, die helfen, moderne deutschsprachige Autoren dem Publikum nahe zu bringen. Auch das polnische Institut hat besondere Verdienste im Bekanntmachen zeitgenössischer polnischer Autoren erworben.

Es wurde bedauert, dass trotz Bemühungen von offizieller Seite sowie auch von Seiten privater Initiativen, ein ausreichender Dialog nicht stattfindet: Besonders im Ausbildungsbereich sollten mehr Möglichkeiten und Freiräume geschaffen werden. Die Desiderata des Minsk-Forums VI konnten nur teilweise erfüllt werden: Die damals geforderte Eigenverantwortung der Kunstschaaffenden beim Identifizieren von neuen Partnern und Sponsoren, stößt auf immer höhere bürokratische Hürden.

Geschichte und Identität

Im geschichtlichen Teil der Sektion ging es vor allem um Fragen der nationalen Identität – erstens im Kontext der Entwicklung der belarussischen Sprache (nicht zuletzt in jüngster Zeit), zweitens vor dem Hintergrund der „Belarus“-Entwürfe des späten 19. Jahrhunderts., der Umbruchphase 1917-1921 und der 1920er Jahre. Die Diskussion zeigte, dass die Kontroversen um geschichtliche Fragen gerade im Fall der zeitgenössischen Belarus deutlich von aktuellen Kontroversen geprägt werden. Eine wichtige Rolle spielte daher auch das Problem des Selbstverständnisses des Historikers, seiner Vermittler- und Sinnstifterfunktion sowie der damit verbundenen Gefahr der Entprofessionalisierung. Andererseits zeigte die Diskussion ebenso deutlich, dass Belarus endlich – erstmals in der modernen Geschichte ? – ein reges Interesse ausländischer Historiker auf sich zieht; die in den letzten Jahren entstandene Fachkompetenz in Polen wie in Deutschland lässt auf eine qualitative Verbesserung der Zusammenarbeit hoffen.

Die besondere geschichtliche Verantwortung, die Deutschland zu tragen hat, wird auch in der Unterstützung der Geschichtswerkstatt sichtbar, die es als eine ihrer Aufgaben sieht, die Geschichte der belarussischen Vernichtungsorte der NS-Besatzungsherrschaft zu erforschen. Im Austausch mit Zeitzeugen wird ergründet und erinnert. Ausstellungen und Publikationen helfen, die Geschichte der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln.

Schulen und Universitäten

Im Schulbereich wurden auf vielfältige Schulpartnerschaften und Austauschprogramme hingewiesen. Über das Erstellen der Zentralen Prüfungen wurde berichtet sowie das Bemühen, gewisse internationale Standards zu erreichen. Scharf kritisiert wurde der neu eingeführte Ideologieunterricht, sowie die Schließung des Belarussischen Humanistischen Lyzeums.

Aktuelle Probleme internationaler Kooperation standen auch im Mittelpunkt der Debatten um das Hochschulwesen. Belarussische Teilnehmer zeichneten unterschiedliche Bilder der gegenwärtigen Lage, die hart an die Grenze der Vereinbarkeit mit den gewachsenen europäischen Standards stießen. Einerseits

wurde Normalität und Offenheit für Zusammenarbeit mit westeuropäischen Hochschuleinrichtungen proklamiert, andererseits war von gravierenden Einschränkungen der Freiheit von Forschung und Lehre die Rede. Drei Hochschulen fiel besondere Aufmerksamkeit zu:

- der Europäischen Humanistischen Universität Minsk. Mehrere Teilnehmer warnten davor, dass eine Beeinträchtigung ihrer Wirkungsmöglichkeiten fatale Folgen für das internationale Ansehen von Belarus haben müsste.
- der Universität Warschau, die eine nahtlose Fortsetzung ihrer Kooperation mit östlichen Nachbarn auch nach dem 1. Mai 2004 ankündigt. Am Beispiel Warschauer Universität wurde ebenfalls betont, dass sich eine öffentliche Hochschule im Rahmen der EU agieren konnte, noch bevor das Land der EU beigetreten sei.
- der Viadrina in Frankfurt-Oder. Sie hat in den vergangenen zwölf Jahren als Universität an der EU-Grenze erhebliche Erfahrungen gesammelt. Es wäre schade, wenn dieses Kapital an der neuen Ostgrenze der Union nicht genutzt würde; diese Überlegung könnte den Ausgangspunkt für konkrete trilaterale Projekte bilden, die die deutsch-polnisch-belarussische Zusammenarbeit stärken.

Begrüßt werden konnte darüber hinaus eine Intensivierung der Präsenz des DAAD und der Robert Bosch Stiftung in Belarus. Die Vertreter beider Institutionen waren anwesend und berichteten über ihre Projektarbeit.

Das Minsk Forum hat sich einmal mehr als *europäisches Jahrestreffen zu Belarus in Belarus* empfohlen. Der Zuspruch war enorm. Das Interesse Polens an einer dauerhaften Mitarbeit am Minsk Forum ist nicht nur einmal bekundet worden. Die Probleme und Herausforderungen an die europäische Politik, die von Belarus ausgehen, werden vorläufig eher zu- als abnehmen. Die gemeinsame Suche nach Lösungen mag vorerst eher Wunsch als Realität bleiben; doch sich in Abständen zu sehen und zu kommunizieren, Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auch kontrovers zu diskutieren, rechtfertigen die Notwendigkeit des Minsk Forums allemal.

*Dr. Rainer Lindner, Vorsitzender der dbg und des Minsk Forums
Dr. Helmut Frick, vormaliger Deutscher Botschafter in Minsk*

Als Leiter und Leiterinnen und Berichterstatter der Arbeitsgruppen

*Arbeitsgruppe 1: Dr. Astrid Sahn, Mannheim
Dr. Jacek Cichocki, Warschau*

- Arbeitsgruppe 2: Dr. Wladimir Augustinski, Minsk
Dr. Klaus Baier, Minsk
Dr. Rafał Antczak, Dr. Piotr Kozarzewski, Warschau
- Arbeitsgruppe 3: Katharina v. Bremen, Iserlohn
Róża Thun-Woźniakowska, Warschau
- Arbeitsgruppe 4: Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej, Warschau
Barbara Fraenkel-Thonet / Thomas Gödel, Minsk